

*Und wie, Herr Minister, ist es um die juristische Aus- und Weiterbildung unter den komplizierten Bedingungen Ihres Landes bestellt?*

Auch hier gibt es Fortschritte, wenngleich natürlich noch viel zu tun ist. Heute verfügen wir über 100 ausgebildete Juristen. Nach der Machtübernahme waren es drei! Alle anderen waren der entmachteten Klasse verschrieben und für die Volksjustiz nicht verwendbar. Wir führen gezielte Lehrgänge und Schulungen durch; es geht um die Vermittlung notwendiger Grund- und Gesetzeskenntnisse.

Doch lassen Sie mich noch einmal auf die Struktur zurückkommen. Hier weichen wir von Ihren Vorstellungen ab, doch das ist entwicklungsbedingt. Unsere Justiz hat praktisch drei Säulen.

Das sind erstens die Richter, ich habe sie in ihrer Tätigkeit dargestellt. Es gibt dann zweitens Staatsanwälte. Sie sind dem Generalstaatsanwalt unterstellt, der selbst wiederum derzeit noch mir unterstellt ist. Die Staatsanwälte leiten die Ermittlung in Strafsachen und erheben Anklage. Und schließlich gibt es die dritte Säule, die Verteidiger. Ich sagte schon, die private Verteidigung wurde abgeschafft, nicht aber das Institut der Verteidigung. Nach Art. 35 der Verfassung und Art. 4 GVG hat jeder Bürger das Recht auf Verteidigung. Um dies zu gewährleisten, wurde eigens ein Dienst für Rechtshilfe und Beratung geschaffen. Wir vermitteln geeigneten Bürgern eine Grundausbildung; sie werden dann als *Offizialverteidiger* berufen. Aber auch andere Juristen werden entsprechend beauftragt. Gegenwärtig bereiten wir einen Gesetzentwurf für den Ministerrat und die Oberste Volksvertretung vor zur Bildung einer eigenen Rechtsanwaltschaft.

Es wird Sie auch interessieren, daß wir eine Zeitschrift herausgeben „Justiga Populär“ (Volksjustiz). Sie erscheint vierteljährlich mit einer Auflage von 10 000 Exemplaren. Sie wird als Bildungs- und Orientierungsblatt von Juristen und rechtsinteressierten Bürgern gelesen.

*Auf welche Rechtsgrundlagen stützen sich die Gerichte in ihrer Tätigkeit? Wie schätzen Sie die Wirksamkeit der Entscheidungen ein?*

Ich nannte ja bereits die Verfassung und das GVG. Ich sagte auch, daß unmittelbar nach der Machtübernahme und in den Folgejahren neue Gesetze, auch Strafgesetze, erlassen wurden. So wurden Gesetze erlassen zum Schutz der staatlichen Betriebe, der Genossenschaften und des neuen Eigentums. Wir schufen 1979 „Revolutionäre Militärgerichte“, und in diesem Jahr wurde ein Gesetz über den Schutz der Volkswirtschaft verabschiedet. Auf Verbrechen gegen den Volksstaat ist die höchste Strafe angedroht. Wir müssen also sehr beweglich sein. Viel hängt ja von den Entwicklungsbedingungen ab. Sie wissen, daß die Entmachteten nicht aufgeben. Sie versuchen von außen — speziell aus Südafrika, gelenkt und organisiert vom Apartheid-Regime und von der CIA — einzuwirken, sie schleusen Banden in unser Land, die terroristische Handlungen verüben. Sie stiften Unsicherheit und Unruhe, sie zerstören, was wir aufbauen. So wurde und wird Kriminalität neu belebt, Spekulation gefördert usw.

Dem gilt unser entschiedener Kampf.

Was die Kriminalität an sich angeht, so sind auch wir grundsätzlich der Meinung, daß sie zurückzudrängen ist. Deshalb vertreten wir die Strategie der Vorbeugung. Alle Verfahren werden öffentlich durchgeführt. Auf der untersten Ebene vollzieht sich das nicht selten in einer Art „Volkstribunal“, d. h. unter großer Anteilnahme und sehr erzieherisch.

*Herr Minister, was war das Anliegen Ihres Aufenthaltes in der DDR, und wie schätzen Sie den Verlauf Ihrer Gespräche ein?*

Wir sind hier in der DDR auf Einladung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates und Ministers der Justiz, Hans-Joachim Heusinger. Das war für uns eine Reise zu Freunden. Zwischen unseren beiden Staaten besteht seit 1979 ein Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit, und die Beziehungen zwischen unseren Ministerien sind darin seit Jahren fest eingebettet.

Unser Besuch diente u. a. der Bilanz, wie wir das 1981 geschlossene Abkommen erfüllt haben und wie es auszubauen ist. Wir kamen aber vor allem zu Ihnen, um in Gesprächen, Kontakten und Studien neue Erkenntnisse zu gewinnen, wie

## Bei anderen gelesen

### Erheblicher Anstieg der Bankrotte in imperialistischen Hauptländern

Auch 1984 und im bisherigen Verlauf des Jahres 1985 widerspiegelt sich der fortschreitende Prozeß der Kapitalzentralisation zugunsten der kapital- und umsatzstärksten Konzerne wiederum in einer Vielzahl von Unternehmensaufkäufen und -Zusammenschlüssen sowie Kapitalbeteiligungen. ....

Andererseits war das Jahr 1984 gekennzeichnet durch die größte Zahl von Unternehmenszusammenbrüchen in den letzten Jahrzehnten. In fünf imperialistischen Hauptländern wurden offiziell 127 668 (1983: 103 349) Bankrotte erfaßt; das waren bereits 144 Prozent mehr als im Vorkrisenjahr 1979.

#### Bankrotte in imperialistischen Hauptländern 1

	USA2	Japan3	BRD 4	Frankr.	Großbr.	Italien J;
1980	11 742	17 884	9 140	17 375	7 343	
1981	16 794	17 610	11 653	20 462	12 691	7 654
1982	25 346	17 122	15 876	20 462	12 691	7 654
1983	31 334	19 155	16 114	22 708	14 038	8 577
1984	51 365	20 841	16 760	25 018	13 6845	10 000 >

1 Infolge unterschiedlicher Erfassungskriterien in den einzelnen Ländern nicht miteinander vergleichbar.

2 Nur Industrie und Handel.

3 Gesellschaften mit Verbindlichkeiten von mindestens 10 Mio Yen.

4 Ohne Anschlußkonkurse - (d. h. Konkurse, denen ein Vergleichsverfahren vorausging).

5 Nur Unternehmenszusammenbrüche in England und Wales (zum Vergleich 1983: 13 406 Fälle).

Quellen: Statistische Jahrbücher der betreffenden Länder und Pressemitteilungen.

Allein durch diese Firmenzusammenbrüche verloren 1984 über eine Million Arbeiter und Angestellte ihren Arbeitsplatz, darunter etwa 175 000 in der BRD.

Diese beispiellose Pleitenwelle schwoll vor allem durch strukturelle und andere längerfristige Krisenprozesse sowie durch die fortgesetzte monopolistische Kapital- und Machtkonzentration weiter an. Besonders gefährdet sind auf Grund der schwächeren Konkurrenzpositionen nach wie vor kleine und mittlere sowie jüngere Unternehmen. Die Insolvenzhäufigkeit war im Handel, in der Bauwirtschaft, im Dienstleistungsbereich, im Maschinenbau und in der Textilindustrie am höchsten.

In den USA blieben 1984 besonders viele kleine und mittlere Unternehmen in der Energiewirtschaft, der Landwirtschaft und der Bauwirtschaft auf der Strecke. Diese Zahlungsschwierigkeiten von USA-Unternehmen sind einer der wesentlichen Gründe für die Zunahme der Bankinsolvenzen. Im Jahre 1984 haben allein 79 vor allem kleine und mittlere USA-Banken Konkurs angemeldet, nachdem 1982 42 und 1983 48 Banken Pleite gemacht hatten.

Auch für 1985 ist mit einem hohen Niveau der Bankrotte in den imperialistischen Hauptländern zu rechnen. Allein in der BRD-Bauwirtschaft, deren Strukturkrise 1984 mit aller Schärfe hervortrat, werden in den Jahren 1985/86 weitere 5 000 Unternehmenszusammenbrüche erwartet. ...

(Aus: IPW-Berichte 1985, Heft 8, S. 28)

die Justiz in der DDR ihren konkreten Beitrag in der sozialistischen Revolution leistet.

Wir haben außerordentlich viel positive Eindrücke gewonnen, wir erkennen die Fortschritte bei der weiteren Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR und beim Aufbau der sozialistischen Rechtsordnung.

Unser gemeinsames Anliegen ist es, den Frieden zu sichern und das Recht dafür einzusetzen. Die Arbeitsvereinbarung für 1986 wird uns in unserem gemeinsamen Anliegen weiter voranbringen.

Das Gespräch führte Dr. Gerhard Steffens